



- PLANZEICHENERKLÄRUNG
- ART DER BAULICHEN NUTZUNG
- MI MISCHGEBIETE
 - MK KERNGEBIET
- MASS DER BAULICHEN NUTZUNG
- Z.B. III ZAHL DER VOLLGESCHOSSE ALS HÖCHSTGRENZE
 - Z.B. 0.6 GRUNDFLÄCHENZAHL
 - Z.B. 10 GESCHOSSFLÄCHENZAHL
- BAUGRENZEN BAUWEISE
- BAUGRENZE
 - BAULINIE
 - TRENNUNG BAUGRENZE/BAULINIE
 - STELLUNG DER BAULICHEN ANLAGEN (HAUPTRICHTUNG)
- BAULICHE ANLAGEN UND FLÄCHEN FÜR DEN GEMEINBEDARF
- FLÄCHEN ODER BAUGRUNDSTÜCKE FÜR DEN GEMEINBEDARF
 - M MEHRZWECKSAAL
 - S SPORTHALLE
 - B BÜCHEREI
 - J JUGENDCLUB
 - V VERKEHRSVEREIN
- VERKEHRSFLÄCHEN
- STRASSENVERKEHRSFLÄCHEN
 - ÖFFENTLICHE PARKFLÄCHEN
 - STRASSENABGRENZUNGSLINIE
 - SICHTDREIECKE S. TEXTL. FESTS. ZIFFER 4
- GRÜNFLÄCHEN
- GRÜNFLÄCHE
 - ÖFFENTLICHE GRÜNLAND
 - PRIVATE GRÜNLAND
 - SPIELPLATZ (ÖFFENTLICH)
- SONSTIGE DARSTELLUNGEN
- ABGRENZUNG UNTERSCHIEDLICHER NUTZUNGEN
 - GRENZE DES RÄUMLICHEN GELTUNGSBEREICHES DES BEBAUUNGSPLANES
 - ST STELLPLATZE
- TEXTLICHE FESTSETZUNGEN
- IM BAUGEBIET MK SIND NUTZUNGSARTEN NACH § 7 (3) Nr. 1 BAUNVO UNZULÄSSIG.
 - IM BAUGEBIET MK SIND SONSTIGE WOHNUNGEN NACH § 7 (2) Nr. 7 BAUNVO OBERHALB DES KELLERGESCHOSSES ZULÄSSIG.
 - AUF DEN NICHT ÜBERBAUBAREN GRUNDSTÜCKSFLÄCHEN SIND UNTERGEORDNETE NEBENANLAGEN UND EINRICHTUNGEN IM SINNE DES § 14 (1) BAUNVO UND BAULICHE ANLAGEN, SOWEIT SIE NACH LANDESRECHT IN DEN ABSTANDSFLÄCHEN ZULÄSSIG SIND, WIE FOLGT EINGESCHRÄNKT: ZULÄSSIG SIND NUR EINFRIEDUNGEN, PERGOLEN, TEPPICHKLOPFSTÄNGEN, MÜLLBOXEN.
 - IM BEREICH VON SICHTDREIECKEN SIND UNZULÄSSIG:
A) NEBENANLAGEN UND STELLPLATZE
B) EINFRIEDUNGEN UND BEWUCHS MIT MEHR ALS 0,80M HÖHE.

PRÄAMBEL/VERFAHRENSVERMERKE

Aufgrund des § 1 Abs. 3 und des § 10 des Bundesbaugesetzes (BBauG) i. d. F. vom 18.08.1976 (BGBl. I S. 2256, ber. S. 3617), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes zur Beschleunigung von Verfahren und zur Erleichterung von Investitionsvorhaben im Städtebaurecht vom 06.07.1979 (BGBl. I S. 949) und des § 40 der Niedersächsischen Gemeindeordnung (NGO)-i. d. F. vom 18.10.1977 (Nds. GVBl. S. 497), zuletzt geändert durch das 7. Gesetz zur Änderung der NGO und der NLO vom 18.10.1980 (Nds. GVBl. S. 385), hat der Rat der Stadt/Gemeinde diesen Bebauungsplan, bestehend aus der Planzeichnung und den nebenstehenden textlichen Festsetzungen, als Satzung beschlossen:

Königslutter, den 28. JANUAR 1982
Bürgermeister
Landkreis Helmstedt
Stadt/Gemeindedirektor

Der Rat der Stadt/Gemeinde hat in seiner Sitzung am 19.03.1981 die Aufstellung des Bebauungsplanes beschlossen.

Der Entwurf des Bebauungsplanes und der Begründung haben vom 27.07.1981 bis 28.08.1981 gemäß § 2a Abs. 6 BBauG öffentlich ausgelegen.

Der Rat der Stadt/Gemeinde hat in seiner Sitzung am 10.09.1981 die Aufstellungsbeschlüsse gemäß § 2 Abs. 1 BBauG am 10.07.1981 ortsüblich bekannt gemacht.

Die Planunterlage entspricht dem Inhalt des Liegenschaftskatasters und weist die städtebaulich bedeutsamen baulichen Anlagen sowie Straßen, Wege und Plätze vollständig nach (Stand vom 28. JAN. 1982).

Sie ist hinsichtlich der Darstellung der Grenzen und der baulichen Anlagen geometrisch einwandfrei.

Die Übertragbarkeit der neu zu bestimmenden Grenzen in die Örtlichkeit ist einwandfrei möglich.

Königslutter, den 28. JAN. 1982
Helmstedt
Verm. Oberamt

Der Entwurf des Bebauungsplanes wurde ausgearbeitet von:
Dr.-Ing. W. Schwerdt
Büro für Stadtplanung
Bohlweg 1 Ruf 19161
3300 Braunschweig

Königslutter, den 29.01.82
Stadt/Gemeindedirektor

Der Rat der Stadt/Gemeinde hat in seiner Sitzung am 29.07.1981 den Entwurf des Bebauungsplanes und der Begründung zugestimmt und die öffentliche Auslegung gemäß § 2a Abs. 6 BBauG beschlossen.

Der Bebauungsplan ist mit Verfügung der Genehmigungsbehörde (AZ. 692-21-5403.01-39/1) vom heutigen Tage unter Auflagen mit Maßgaben gemäß § 11 in Verbindung mit § 6 Abs. 2 bis 4 BBauG genehmigt/teilweise genehmigt.

Die kenntlich gemachten Teile sind auf Antrag der Gemeinde vom 22.04.1982 gemäß § 6 Abs. 3 BBauG von der Genehmigungsbehörde ausgenommen.

Helmstedt, den 22.04.1982
Landkreis Helmstedt
Stadt/Gemeindedirektor

Der Rat der Stadt/Gemeinde ist den in der Genehmigungsverfügung vom (AZ. ...) aufgeführten Auflagen/Maßgaben in seiner Sitzung am beizutreten.

Der Bebauungsplan hat zuvor wegen der Auflagen/Maßgaben vom bis öffentlich ausgelegen. Ort und Dauer der öffentlichen Auslegung wurden am ortsüblich bekannt gemacht.

Die Genehmigung des Bebauungsplanes ist gemäß § 12 BBauG am 2.9.1982 im Amtsblatt Nr. 31 für den Landkreis Helmstedt bekannt gemacht worden.

Der Bebauungsplan ist damit am 3.9.1982 rechtsverbindlich geworden.

Königslutter, den 14.10.1982
Stadt/Gemeindedirektor

Innerhalb eines Jahres nach Inkrafttreten des Bebauungsplanes ist die Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften beim Zustandekommen des Bebauungsplanes nicht geltend gemacht worden.

Stadt/Gemeindedirektor



URKUNDE

STADT KÖNIGSLUTTER
AM ELM
STADTZENTRUM II
1.TEILWEISE ÄNDERUNG
BEBAUUNGSPLAN